

*
*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

AUSSENPOLITIK

*
*

NORDAMERIKA

*(1)

Kritische Beurteilung der amerikanischen Aktion gegen Libyen

Am 15. April bombardierten amerikanische Flugzeuge um Mitternacht die libysche Hauptstadt Tripolis und die Hafenstadt Benghazi, zerstörten dort militärische Anlagen und trafen auch einige Wohnviertel.

Zwei Stunden nach dem Bombardement rechtfertigte der amerikanische Präsident die Aktion vor allem mit dem Hinweis, daß es gelte, den libyschen Terrorismus zu unterbinden und außerdem Sanktionen für angeblich libysche Sprengstoffanschläge gegen eine TWA-Maschine sowie (am 5. April 1986) gegen eine Westberliner Diskothek zu treffen (Libyen hatte bereits vorher erklärt, mit diesen Vorfällen nichts zu tun zu haben).

Bereits im März war es zu amerikanisch-libyschen Zusammenstößen gekommen. Damals hatten die USA verkündet, mit Teilen ihrer 6. Flotte militärische Manöver im Golf von Syrte abhalten zu wollen. Damit faßten sie ein heißes Eisen an; denn Libyen hatte bereits 1973 die Welt wissen lassen, daß der ganze Raum des Golf von Syrte unter seiner Hoheitsgewalt stehe und daß die Ränder dieses Gebiets eine "Todeslinie" bildeten.

Die USA und andere westliche Länder ignorierten jedoch diesen Akt Gaddafis und erklärten, auch weiterhin nur einen Gürtel von 12 sm als libysches Hoheitsgebiet anerkennen zu wollen. Der Golf von Syrte sei internationales Gewässer und dürfe frei befahren werden.

Nun also fanden im März 1986 amerikanische "Manöver" statt und es kam zu Zusammenstößen, in deren Verlauf zwei libysche Flugzeuge abgeschossen wurden.

Sowohl die damaligen "Manöver" als auch der Angriff auf die beiden Städte im April lagen auf der Linie einer Erklärung Präsident Reagans

an den Kongreß vom 26. Januar 1982, daß die USA "mit Entschlossenheit" gegen Libyen, Kuba und jedes andere Land vorgehen würden, die den "Terrorismus oder die Unterwanderung exportieren". Schon damals hatte Reagan Gaddafi als "Feind Nr.1 der westlichen Welt" bezeichnet.

Terroranschläge auf die internationalen Flughäfen in Rom und Wien im Dezember 1985, bei denen zwanzig Menschen getötet und über 100 Menschen verletzt wurden, wurden von den USA erneut mit Libyen in Zusammenhang gebracht. Obwohl Libyen abermals jede Verwicklung von sich wies, verhängte Washington wirtschaftliche Sanktionen gegen den nordafrikanischen Staat, stellte den Handel mit Tripolis ein und fror libysche Vermögensanlagen in den USA ein. Außerdem kam es dann im Verlauf der nächsten Woche zu den Manövern, an denen, vom 23. März ab, drei amerikanische Flugzeugträger zehn Tage im Golf von Syrte "übten". Während dieser Manöver, die vom 23. März bis 1. April dauerten, stand ganz Libyen in Alarmbereitschaft. Gaddafi verkündete am 24. März, daß sich sein Land der Konfrontation mit den USA stellen wolle, und Hunderttausende von Libyern beteiligten sich an Demonstrationen.

Schon damals erklärte die VR China, daß die Eskalation der Spannungen zwischen den USA und Libyen den Frieden und die Stabilität in der Mittelmeerregion bedrohe - in einem politischen Wetterwinkel also, in dem der Friedensprozeß stagniere und nach wie vor der Iran-Irak-Krieg wüte.

Auch der Luftangriff vom 15. April wurde chinesischerseits scharf verurteilt. In der "Volkszeitung" (RMRB, 16. 4. 86) hieß es, der amerikanische Luftangriff in Libyen habe Menschenleben gekostet und Sachschäden verursacht. Die amerikanischen Angriffe verletzen die Souveränität eines anderen Landes und liefen dem Völkerrecht zuwider; sie sollten weltweit verurteilt werden. Der Konflikt zwischen den USA und Libyen könne sich ausweiten. Die Geschichte lehre, daß zwischenstaatliche Konflikte nicht durch Gewalt gelöst werden können - im Gegenteil: Gewalt könne die Probleme nur komplizieren. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte am 15. April, daß die chinesische Regierung, die zwar den Terrorismus in allen Formen stets verurteilt und bekämpft habe, sich entschieden gegen Militärationen zur Bekämpfung eben dieses Terrorismus wende. Konflikte zwischen verschiedenen Ländern seien durch friedliche Dialoge gerecht und vernünftig zu lösen.

Für sich selbst scheint China diese weise Regel freilich nicht immer beherzigen zu wollen - man denke an den "Erziehungsfeldzug" gegen Vietnam im Frühjahr 1979.

In einem ähnlichen Zusammenhang verurteilt China auch die israelischen Luftangriffe auf das PLO-Hauptquartier in Tunesien, bei denen am 1. Oktober 1985 mindestens sechzig Menschen getötet wurden. Auch mit diesem Angriff wurden die USA in Verbindung gebracht (XNA, 5.10.85). Bereits im Dezember 1985 hatte China die westeuropäische Weigerung begrüßt, Sanktionen gegen Libyen zu verhängen (vgl. C. a., Januar 1986, Ü 3). -we-

AFRIKA UND NAHOST

*(2)

Ölpreisverfall wirkt sich - hoffentlich - auf den Golfkrieg aus

Der Ölpreiskrieg hat den beiden Kampfgegnern am Golf, dem Irak und dem Iran, möglicherweise mehr Schaden zugefügt als der von ihnen geführte Golfkrieg. Dies wird offensichtlich auch in China mit einer gewissen Befriedigung gesehen, nachdem die beiden Kriegsgegner sich bisher von niemandem, auch nicht von chinesischen Mahnungen zum Dialog haben beeindruckt lassen. Zuletzt hatte China am 14. Februar erneut an die Regierungen des Iran und des Irak appelliert, unverzüglich die Waffenruhe herzustellen und die Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Konsultationen beizulegen. Diese Aufforderung erfolgte im Zusammenhang mit einer erneuten Eskalation des nunmehr seit 5 1/2 Jahren andauernden Golfkriegs Anfang Februar 1986.

Der Golfkrieg hat beide Seiten bisher fast 1 Million Opfer und mindestens 100 Mrd. US\$ gekostet.

Bisher konnten die Kriegsgegner diese gewaltigen Summen aus den Öleinnahmen finanzieren. Der Iran gibt von den rd. 16 Mrd. US\$, die noch 1985 aus dem Ölgeschäft eingenommen werden konnten, im Jahr durchschnittlich 14 Mrd. für den Krieg aus. Der Irak hat Militärausgaben von jährlich 12 Mrd. US\$, die z. T. aus Eigeneinnahmen (9 Mrd.), z. T. aber auch aus Zuschüssen anderer Golfländer finanziert werden.

Mit dem drastischen Rückgang der Ölpreise seit Anfang 1986, d. h. von 30 US\$ pro Barrel im November 1985 auf 12 US\$ im April 1986, kommen allerdings gewaltige Sorgen auf die beiden Kriegsgegner zu. Möglicherweise ist die Strategie Khomeinis von einem "langfristigen Krieg" nunmehr in Frage gestellt, da das Land im laufenden Jahr vermutlich

nur noch 4 Mrd. US\$, also gerade ein Viertel des bisherigen Gesamteinkommens, aus Ölexporten erzielt.

Der Verfall der Ölpreise hat mehrere Ursachen, nämlich das Überangebot am Weltmarkt, den Rückgang des Verbrauchs in den OECD-Ländern und die Preissenkung durch Nicht-OPEC-Mitglieder, vor allem durch Großbritannien. Außerdem können sich die OPEC-Länder nicht mehr einigen. Der Iran, Algerien und Libyen beschlossen z.B., ihre Produktion herunterzufahren, um auf diese Weise den Preis zu halten. Saudi-Arabien, Kuwait und einige andere OPEC-Mitglieder dagegen machten die Reduzierung der Förderung nicht mehr mit, um ihren Anteil am Weltölmarkt aufrechtzuerhalten. Dadurch kam es zu einem Preiskrieg und zur endgültigen Spaltung der OPEC (XNA, 15. und 26.3.86).

China bedauert diese Entwicklung, von der nur die ölimportierenden Länder profitierten, während die ölproduzierenden und -exportierenden Länder den Schaden davontrügen. Nur zwei Auswirkungen werden positiv gewertet, nämlich die Tatsache, daß einmal auch die Sowjetunion Verluste erleidet und zweitens - eben - die Wirkung auf den Golfkrieg (BRu 1986, Nr.15, S.11). -we-

ASIEN

* (3)

Fünf-Länder-Reise des chinesischen Staatspräsidenten

Vom 9. bis 27. März besuchte Li Xiannian die Staaten Bangladesch, Sri Lanka, Ägypten, Somalia und Madagaskar. Es handelte sich hierbei um eine jener flächendeckenden Reisen, die für Auslandsbesuche chinesischer Spitzenpolitiker in der Zwischenzeit typisch geworden sind.

Ähnlich wie bei anderen Reisen Li Xiannians (man denke etwa an seine Westasienreise, die im März 1984 durch vier Länder führte (Näheres dazu C.a., März 1984, Ü 6), könnte man auch die neueste Rundreise mit dem Stichwort "Viel Protokoll, wenig konkrete Politik" charakterisieren, es sei denn, daß man den Austausch von starren Standardformeln, wie sie in sämtlichen Gesprächen auftauchten, und die Unterzeichnung längst ausgehandelter Vereinbarungen als "Politik" bezeichnet. Ständig war von der Verstärkung der Einheit und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt die Rede, die ein Grundstein der chinesischen Außenpolitik sei. Es gelte die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zu fördern und die Süd-Süd-Zusammenarbeit zu in-

teraktivieren. Kaum je wird erwähnt, daß China heute und in den bevorstehenden Jahren zu einem immer ernster zu nehmenden Konkurrenten im Außenwirtschaftsbereich wird. Dies bekommt bereits heute vor allem ein Land wie Indien zu spüren und wird wohl auch in Zukunft für Länder wie Bangladesch und Sri Lanka fühlbar werden, so etwa im Bereich der Baumwollexporte.

Bei seinem Besuch in Bangladesch (9.-11.) und in Sri Lanka (11.-14. März) ging Li Xiannian häufig auf das Thema der "Südasiatischen Gesellschaft für regionale Zusammenarbeit" ein.

Im bilateralen Bereich konnte er auf eine Reihe gemeinsamer Projekte wie den Aufbau einer Kunstdüngerfabrik und einer Textilfabrik hinweisen. Die Gemeinsame Kommission China-Bangladesch, die i.J. 1983 gegründet wurde, hatte kurz vor dem Reiseantritt Li Xiannians, nämlich im Januar 1986, beschlossen, ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Bergbau, Chemie, Leichtindustrie sowie in Wissenschaft und Technik weiter auszuweiten. Bereits 1985 war das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern auf 120 Mio. US\$ angestiegen. Diplomatische Beziehungen mit Bangladesch bestehen seit 1975. Li Xiannian unterzeichnete am 10. März in Dakka ein Abkommen über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Li erinnerte daran, daß er schon einmal, nämlich 1978, in Bangladesch gewesen sei.

In Sri Lanka wurden drei Abkommen unterzeichnet, und zwar über die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und technologischen Bereich sowie über die Förderung und den Schutz der Investitionen beider Länder. Mit Sri Lanka bestehen diplomatische Beziehungen seit 1957 (XNA, 10.-14.3.86).

Die dritte Station war ein für China alter Begegnungsort, nämlich Ägypten. Kairo hatte als erstes arabisches Land, nämlich bereits 1956, diplomatische Beziehungen mit China aufgenommen und hat seitdem zahlreiche chinesische Spitzenpolitiker empfangen. Ministerpräsident Zhou Enlai war nicht weniger als dreimal in Kairo gewesen, und zuletzt hatte Zhao Ziyang bei seiner Elf-Länder-Tour durch Afrika dem Staat am Nil eine Visite abgestattet.

Mubarak, der seinerseits China schon dreimal besucht hat, begleitete Li Xiannian zur Besichtigung der Pyramiden nach Gizeh. Unter den Augen der Sphinx erinnerten beide feierlich an die Geschichte der Menschheit, für die beide Länder große Beiträge geleistet hätten.

Während des Fünf-Tage-Besuchs wurde ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Zeitraum 1985 bis 1988 unterzeichnet, das auf dem Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit von 1956 basiert. Beide Seiten werden Beziehungen vor allem in den Bereichen Erziehungswesen, Theater, Presse und öffentliches Gesundheitswesen fortsetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern funktioniert nicht nur auf wirtschaftlichem und kulturellem, sondern auch auf militärischem Gebiet. Ägypten hat beispielsweise von China bisher 40 Kampfflugzeuge und 2 Unterseeboote erhalten und bezieht aus der Volksrepublik zudem Ersatzteile für seine sowjetischen Waffensysteme sowie Industrie- und pharmazeutische Produkte.

Vor allem zwischen Ägypten und den islamischen Provinzen Chinas haben sich in letzter Zeit zufriedenstellende Entwicklungen ergeben. Am 4. März 1986 beispielsweise wurde eine "islamische Investitionsfirma" in sino-ägyptischer Regie mit Sitz in Yinchuan, der Hauptstadt der Autonomen Region Ningxia Hui, gegründet. Partner dieses Gemeinschaftsunternehmens sind auf der einen Seite die "Islamische Internationale Firma für Treuhand- und Investitionsgeschäfte von Ningxia" und auf der anderen Seite die "Faisal-Islamische Bank von Ägypten".

Das Gemeinschaftsunternehmen trägt den Namen "Islamische Internationale Investmentfirma" und hat sich die Aufgabe gesetzt, in islamischen Ländern Gelder einzuwerben, sei es nun in Form von Schuldverschreibungen, Bankeinlagen oder Sparguthaben. Ferner soll es in den islamischen Ländern Investitionen unterbringen und zu diesem Zweck Consulting betreiben. Die Firma hat ein registriertes Kapital von 40 Mio. US\$ (XNA, 5.3.86).

Bei seinem viertägigen Staatsbesuch in Somalia unterzeichnete Li Xiannian ein Abkommen, demzufolge China Somalia einen langfristigen Kredit in Höhe von 17 Mio. US\$ gewähren werde, der für die Entwicklung verschiedener Projekte Verwendung finden soll. Das Darlehen ist ab 1996 über einen Zeitraum von zehn Jahren zurückzuzahlen. Unterzeichnerin auf chinesischer Seite war die Präsidentin der Chinesischen Volksbank, Chen Muhua (24.3.86). Nach der Unterzeichnungszeremonie tauschten beide Seiten Noten aus, denen zufolge China an Somalia 20.000 Kinderkleider schenken werde (ebenda).

Sowohl in Somalia als auch in Ägypten hob Li das chinesische Engagement für das palästinensische Volk

und die PLO hervor (XNA, 18.3.86). Die Palästinenserfrage sei nach wie vor die Crux der gesamten Mittelostfrage. Komme es hier zu einer Lösung, so könne es eine positive Kettenreaktion für andere Fragen geben (ebenda).

Letzte Station war Madagaskar, wo sich Li Xiannian vom 24. bis 27. März aufhielt. Hier verurteilte er die südafrikanische Politik, besuchte einige Einrichtungen, die von China gebaut wurden und traf mit rd. 400 ortsansässigen Auslandschinesen zusammen. Abweichend von den anderen Ländern wurde hier kein Abkommen unterzeichnet.

In keinem der fünf Länder hatte Li versäumt, darauf hinzuweisen, daß der Aufstieg der Dritten Welt das "größte Ereignis unseres Zeitabschnitts" sei (z.B. XNA, 20.3.86). Bei sämtlichen Besuchen wies er auch darauf hin, daß die jeweiligen Länder sich regionalen Allianzen anschließen sollten, so z.B. Bangladesch und Sri Lanka der bereits erwähnten Südasiatischen Gemeinschaft, Ägypten, Somalia und Madagaskar der OAU; im übrigen sei China auch daran interessiert, daß die arabische Einheit sowie die Einheit der islamischen Länder gestärkt werde. -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

* (4)

Zehn Prinzipien der chinesischen Außenpolitik

Anlässlich der 4. Sitzung des VI. NVK am 25. März nannte Ministerpräsident Zhao Ziyang zehn Prinzipien der chinesischen Außenpolitik:

(1) Hegemonismus, Aufrechterhaltung des Weltfriedens, freundschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Befolgung gemeinsamer wirtschaftlicher Prosperität. (2) Gleichheit aller Länder, ob groß oder klein, reich oder arm, stark oder schwach. (3) Unabhängigkeit der chinesischen Außenpolitik. (4) Keine Allianzen mit Supermächten. Die Beziehungen zu den USA sollen sich vielmehr auf der Grundlage der bisher unterzeichneten Kommuniqués, diejenigen zur Sowjetunion im Wege der Beseitigung der "drei Hindernisse" durch konkrete Handlungen vollziehen. (5) Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit allen Ländern. China spricht sich gegen terroristische Aktivitäten aller Art aus und glaubt, daß der Terrorismus nur durch Beseitigung seiner sozialen und politischen Ursachen eliminiert werden kann. (6) Als Land der Dritten Welt will China eng mit anderen Ländern der Dritten Welt zusammenarbeiten. Es unterstützt sie bei der Verbesserung der Nord-Süd-

und der Süd-Süd-Beziehungen. (7) Kampf gegen Wettrüsten und Ausdehnung der Rivalitäten in den Weltraum. Abrüstung. (8) Politik der offenen Tür auf der Grundlage gegenseitigen Vorteils, und zwar im Verhältnis zu allen Ländern, seien sie kapitalistisch oder sozialistisch, entwickelt oder in der Entwicklung begriffen. (9) Unterstützung der UNO. (10) Volksdiplomatie (zwischen Massenorganisationen, regierungsunabhängigen Vereinigungen und der Bevölkerung aus den verschiedensten Schichten im wirtschaftlichen, kulturellen, erzieherischen, wissenschaftlichen und technologischen Bereich, beim Sport und im Gesundheitswesen) (XNA, 25.3.86). -we-

* (5)

Entwicklungshilfe Chinas in den Jahren 1985 und 1986

1985 hatte China 212 Projekte in 67 Ländern unterstützt, davon konnten 36 Projekte noch im gleichen Jahr fertiggestellt werden, z.B. die Volkskongreßhalle von Cap Verde, das Freundschaftssportstadion in Senegal, eine Fabrik für Harnstoffe und chemische Düngemittel in Bangladesch, die Malwanagama-Farm auf Sri Lanka, Landstraßen in Madagaskar und im Jemen (DVR), das Institut für Politik in Somalia, eine Zuckerraffinerie in Togo und das Cantchungo-Krankenhaus in Guinea-Bissau.

1986 will China 253 Projekte in 67 Ländern unterstützen, darunter 98 Bauprojekte und 101 Projekte der Zusammenarbeit in Technik und Verwaltung. 54 dieser Projekte sind bereits in Bau, 40 sollen noch im laufenden Jahr fertiggestellt werden.

In den "letzten Jahren" (die genaue Angrenzung ist nicht angegeben) lieferte China an 31 afrikanische Länder rd. 120.000 t Getreide als Hilfeleistung und entsandte 1.217 Mediziner in 42 Länder und Gebiete.

Die Auslandshilfe Chinas erfolgte anfangs, d.h. seit 1950, im Zeichen der revolutionären Unterstützung und heute unter der Parole der Süd-Süd-Kooperation. In den fünfziger Jahren waren es 17 Länder, die Unterstützung erhielten, in den sechziger Jahren 35 und in den siebziger Jahren über 70 Länder (BRU 1986, Nr. 11, S. 30). -we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

* (6)

Erfolgreiche sozioökonomische Zusammenarbeit zwischen China und der UNO

Anfang 1986 kam UNDP (UN Development Programme)-Vorsitzender

Bradford Morse nach China, um gemeinsam mit den dort zuständigen Stellen die Ergebnisse des ersten "Landesprogramms" (Zeitraum 1980/85) zu überprüfen. Dieses Programm war mit dem 6. Fünfjahresplan (1980-1985) verzahnt worden und umfaßte über 150 Projekte zur Förderung der Produktion von Nahrungsmitteln und Konsumgütern, Dienstleistungen, Energieerschließung, Naturressourcenschutz, Intelligenzförderung und Verstärkung der Infrastruktur - also für Projekte, bei denen in China Engpässe bestehen.

Morse betonte, daß die chinesischen Behörden die UNDP-Hilfe höchst kreativ genutzt hätten, zumal China die betreffenden Projekte in erster Linie durch Verlaß "auf die eigene Kraft" durchführte und die ausländische Hilfe nur als Ergänzung benutzte.

Das UNDP hat China zwischen 1982 und 1985 mit 78,8 Mio. US\$ unterstützt und dabei besonderen Wert auf die Modernisierung verschiedener technischer Ausbildungszentren gelegt, die heute bei der Verbreitung moderner Technologien und der Ausbildung chinesischer Fachkräfte von Nutzen sind.

Das UNDP-Programm kam nicht allein China zugute, sondern auch anderen Ländern der Dritten Welt. Zu diesem Zwecke kam es zu einer Art Dreiecksverhältnis zwischen chinesischer Regierung, internationalen (regierungsunabhängigen) Organisationen und UNDP. Die chinesische Regierung verwendete rd. 5% der ihr vom UNDP gewährten Geldmittel zur Unterstützung von Entwicklungsmaßnahmen zugunsten anderer Drittländer (Näheres dazu C.a., Juli 1983, S. 442f.). Morse wies darauf hin, daß er das China-Programm als eines der erfolgreichsten Programme des UNDP überhaupt betrachtet; er muß es wissen, denn UNDP ist in über 150 Entwicklungsländern tätig und unterhält ein Netz von weltweit 113 Büros. Vergleiche drängen sich also geradezu auf.

Angesichts der zu verzeichnenden Erfolge möchte das UNDP nun ein zweites Landesprogramm auflegen, das mit dem chinesischen 7. Fünfjahresplan (1986/90) verkoppelt werden soll. Dieses Programm, das als größtes technisches UNDP-Kooperationsunternehmen überhaupt gilt, soll sich auf fünf Bereiche konzentrieren, nämlich Intelligenzerschließung, technische Umgestaltung der bestehenden Industrien, Entwicklung moderner Technologien, Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und Anwendung der Informationstechnologie. Geplant sei eine Summe in Höhe von 138,3 Mio. US\$ aus

UNDP-Mitteln. Allerdings ergibt sich in der Zwischenzeit ein Haken: Die amerikanische Agentur für Internationale Entwicklung, eine Regierungsstelle, erwägt nämlich, ihren jährlichen (bisher freiwillig gezahlten) Beitrag zum UNDP in Höhe von 35 Mio. US\$ vollständig zurückzuhalten, wobei sie die von der amerikanischen Regierung vorgebrachten Bedenken gegen die chinesische Bevölkerungskontrolle als Begründung angibt. Bereits 1985 hatte die US-Regierung aus Protest gegen die "zwangsweise Abtreibung und Sterilisation in China" den Betrag von 10 Mio. US\$ zurückgehalten. Inzwischen wird, wie gesagt, die vollständige Streichung der amerikanischen Beiträge erwogen: Man wolle keine "Abtreibungsprogramme" unterstützen, heißt es.

Der Streit um diese Frage, der sich nun schon seit über einem Jahr hinzieht, gehört mit zu den für beide Seiten ärgerlichsten Themen. Die amerikanischen Vorwürfe scheinen den Chinesen an die Nieren zu gehen. Immer wieder kommt es zu ärgerlichen Abmahnungen. Bereits am 29. September 1985 hatte das chinesische Außenministerium die "Agentur für Internationale Entwicklung" der USA wegen der Einmischung in die chinesische Bevölkerungspolitik kritisiert. China praktiziere nicht etwa "Abtreibungspolitik", sondern "politische Maßnahmen zur Familienplanung, die auf dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme unter Anleitung des Staates" beruhen und bekämpfe gleichzeitig alle Zwangsmaßnahmen in der Familienplanung. Im übrigen sei das Recht auf Bevölkerungspolitik auf der 1984 in Mexiko abgehaltenen Internationalen Konferenz über Bevölkerungsfragen einstimmig bekräftigt worden. Im übrigen werde in China kein einziger Dollar aus UNFPA-Mitteln, d.h. also aus dem UN-Bevölkerungsfonds, für Abtreibungen verwendet (BRu 1985, Nr. 40, S. 9, und 1986, Nr. 17, S. 7 f.; XNA, 27.9.85).

Im März 1986 gewährte der United Nations Children's Fund (UNICEF) 60 Mio. US\$ für chinesische Kinder im Zeitraum 1985 bis 1989. Damit sollen vierzig Projekte zur Verbesserung von Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt der 350 Millionen chinesischen Kinder im Alter unter 14 Jahren erstellt werden. Eingeschlossen ist hier ein 20 Mio. US\$-Betrag für Impfungen gegen Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, Malaria, Kinderlähmung, Tuberkulose u.ä. Bisher hat UNICEF der VR China insgesamt 270 Mio. US\$ zur Verfügung gestellt (7.3.86). -we-

*** (7) Beijinger Kontrastprogramm: Internationale Rüstungskonferenz und Friedensversammlung**

Im Januar 1986 fand in Beijing die erste Internationale Messe für Material und Werkzeuge zur Rüstungsherstellung statt, an der sich rd. 150 Unternehmen aus 16 Ländern, u.a. aus den USA, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik, beteiligten (nicht jedoch Japan). Als einziges sozialistisches Land war - neben China - Polen auf der Messe vertreten. Es wurden keine Waffen vorgeführt, sondern Maschinen und Technologien, mit deren Hilfe sich Waffen produzieren lassen. Führende chinesische Militärs sollten Gelegenheit erhalten, an Konferenzen über neue Waffengattungen teilzunehmen.

Wenige Wochen nach Eröffnung dieser ersten Messe (27.1.86) fand am 21. März, ebenfalls in Beijing, eine Versammlung anlässlich des von der UNO ausgerufenen "Internationalen Jahres des Friedens" statt, bei der sich 1.300 Personen aus Partei, Regierung, Massenorganisationen, Repräsentanten der UNO, ausländische Experten und Vertreter ausländischer Botschaften zusammenfanden.

Anlässlich des 40. Gründungstags der UNO war bei der UNO-Vollversammlung im Oktober 1985 das Jahr 1986 zum "Internationalen Jahr des Friedens" erklärt worden.

China, das sich über Friedensbewegungen - und über den Pazifismus überhaupt - lange Zeit lustig gemacht hatte, das aber seine Meinung dazu in jüngster Zeit geändert hat, nahm diese Gelegenheit wahr, um zu einem Modell der Friedensbewegung zu werden. Das Thema "Friede" spielt seit Monaten eine hervorragende Rolle in den chinesischen Kommunikationsorganen. Man bemüht sich, modellhafte Friedenskämpfer herauszustellen, so u.a. Song Qingling, die Ehefrau Sun Yat-sens, die zeit ihres Lebens (1893-1981) ein "Leben für den Frieden" geführt und sich mit an die Spitze der "Internationalen Antimperialistischen Bewegung" gesetzt habe (CIA, Mai 1986, S. 48-54).

Bei der bereits erwähnten Versammlung am 21. März hielt u.a. Zhao Ziyang eine Festansprache. Eingebettet in Kernsätze wie "China braucht Frieden", "Das chinesische Volk liebt den Frieden", "Im Frieden liegen die grundlegenden Interessen des chinesischen Volkes", "Als sozialistisches Entwicklungsland kann China Wohlstand nur auf dem Wege der friedlichen Entwicklung erreichen" u.dgl., legte er erneut die Vorstellungen der chinesischen Regierung über die Abrüstung dar, und zwar in neun Punk-

ten: vollständige Abschaffung aller Atomwaffen als Endziel; Pilotenpflicht der beiden Supermächte; Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen; Abschaffung der von den Supermächten in Europa und Asien stationierten Mittelstreckenatomraketen; drastische Reduzierung der konventionellen Waffen; Nutzung des Weltraums ausschließlich für friedliche Zwecke; restlose Vernichtung chemischer Waffen; Vereinbarung wirksamer Verifizierungsmethoden; Mitspracherecht sämtlicher Länder bei den Abrüstungsdiskussionen (XNA, 22.3.86).

Im Zusammenhang mit der Feier zum Friedensjahr fand ferner die größte, jemals in Beijing organisierte pazifistische Kundgebung statt, an der sich 3.500 Personen beteiligten.

Bereits im Januar hatte sich China an einer Internationalen Konferenz für die Wahrung des Friedens in Genf beteiligt (XNA, 22.1.86).

China will es mit diesen wenigen Veranstaltungen aber nicht bewenden lassen. Vielmehr wurde in der Zwischenzeit eine "Gesellschaft des chinesischen Volkes für Weltfrieden und Abrüstung" sowie ein "Chinesisches Organisationskomitee für das Internationale Jahr des Friedens" gegründet, die für eine Propagierung des Friedensgedankens in den Medien und bei verschiedensten Veranstaltungen sorgen sollen.

Man ist sich bewußt, daß die Friedensbewegung aus verschiedensten Elementen besteht: Es gebe religiöse, Frauen- und Studentenbewegungen, rein pazifistische Bewegungen usw. Noch bis 1983 war man davon ausgegangen, daß sämtliche Friedensbewegungen nichts anderes seien als von Moskau ferngesteuerte Propagandainstitutionen. Diese Einschätzung hat sich, wie gesagt, grundlegend geändert.

Zu den chinesischen Beiträgen gehören nicht nur Abrüstungsvorschläge und Kundgebungen, sondern auch Verurteilungen des Terrorismus. So hatte beispielsweise ein Sprecher des Außenministeriums bereits am 8. Januar 1986 zu den Zwischenfällen auf den Flughäfen von Rom und Wien Stellung genommen und betont, daß die chinesische Regierung seit jeher gegen terroristische Aktionen jeglicher Art eingestellt sei. Der politische Kampf müsse sich anderer Formen bedienen als der des Terrorismus. -we-